

Kantonsrat*Parlamentsdienste**Rathaus / Barfüssergasse 24**4509 Solothurn**Telefon 032 627 20 79**Telefax 032 627 22 69**pd@sk.so.ch**www.parlament.so.ch***Medienmitteilung****Strafanstalt Schöngrün - Justizkommission informierte sich über den Umsetzungsstand der Massnahmen**

Solothurn, 26. März 2010 – Die Justizkommission (JUKO) hat sich vom Vorsteher des Departements des Innern, Peter Gomm über den Umsetzungsstand der verlangten Massnahmen betreffend der Strafanstalt Schöngrün informieren lassen. Sie begrüsst die ergriffenen und geplanten Massnahmen. Weiter hat sie zwei Aufträge - entgegen dem Antrag des Regierungsrats - zuhanden des Kantonsrats für erheblich erklärt und der Erhöhung der Anzahl Staatsanwälten zugestimmt.

Nach bekannt werden der Vorkommnisse im Schöngrün und der Beratung des Berichts der Untersuchungskommission, hat die kantonsrätliche Justizkommission, unter der Leitung von Konrad Imbach (CVP, Biberist) im Januar 2010 den Vorsteher des Departementes des Innern, Peter Gomm aufgefordert, durch verschiedene Massnahmen die Empfehlungen des Berichts umzusetzen. An ihrer Sitzung vom 25. März 2010 liess sich die Justizkommission von Gomm eingehend über die ergriffenen und geplanten Massnahmen betreffend der Strafanstalt Schöngrün informieren. Die Kommission begrüsst den Stand der Umsetzung und wird sich in einem halben Jahr nochmals informieren lassen.

Insbesondere nahm sie den Bericht zum Todesfall vom Juni 2008 in der Strafanstalt Schöngrün zur Kenntnis. Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass

ordnungsgemäss vorgegangen wurde. Die Kommission ist einstimmig der Ansicht, dass in diesem Bereich keine weiteren Massnahmen nötig sein.

Zudem hat die Justizkommission die beiden Aufträge - für eine bürgerfreundliche Ausstellung von Ausweisen und Standesinitiative gegen die Zulassung von 60-Tonner-Lastwagen - entgegen den Anträgen des Regierungsrates für erheblich erklärt. Sie ist der Ansicht, dass Identitätskarten und Ausweisschriften von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die keine elektronisch gespeicherten Daten enthalten müssen, auch zukünftig bei den Gemeinden beantragt und bezogen werden sollen können. In der Wegnahme dieser Aufgabe aus dem Aufgabenbereich der Gemeinden, sieht die Kommission eine Einschränkung des Services Public. Es sei nicht einzusehen, wieso man den Gemeindeverwaltungen gut funktionierende Bereiche wegnehmen soll. Zudem sei es Personen - insbesondere aus den Bezirken Dorneck und Thierstein - nicht zumutbar, für die Erstellung dieser Ausweise in die Stadt Solothurn zu reisen.

Mit dem Auftrag von Urs Huber (SP, Obergösgen) wird die Regierung beauftragt, eine Standesinitiative gegen die Zulassung von 60-Tonner-Lastwagen beim Bund einzureichen. Die Kommission befürchtet, dass 60-Tonner-Lastwagen schwerwiegende Infrastrukturschäden verursachen könnten. Allerdings ist sie sich der Problematik bewusst, dass ein Verbot die Gefahr der Aufteilung von schweren Lasten auf zwei Lastwagen, mit negativen verkehrstechnischen und umweltpolitischen Folgen, begünstigen könnte.

Weiter wurde der Erhöhung der Anzahl Staatsanwälte zugestimmt. Die JUKO ist der Ansicht, dass die 4,5 von der Staatsanwaltschaft beantragten Staatsanwaltsstellen, vom Kantonsrat zu bewilligen seien. 3,5 Stellen wurden bereits 2008 auf Empfehlung einer Arbeitsgruppe von der Regierung befristet bis zum 31. Dezember 2010 bewilligt. Aufgrund der noch abzubauenen Pendenzen und Vergleichen mit anderen Kantonen konnte von der Staatsanwaltschaft glaubhaft aufgezeigt werden, dass diese Stellen als unbefristete Stellen weiterzuführen sind. Zudem muss mit der Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung mit einem erheblichen Mehraufwand für die Strafver-

folgungsbehörden gerechnet werden, welcher durch zusätzliches Personal aufgefangen ist.